

Antrag

der Fraktionen der SPD und F.D.P.

Entschließung

zu der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Antwort der Landesregierung
– Drucksachen 13/5994/6287 –

Für Demokratie und Menschenrechte – Gegen Gewalt und Fremdenhass

- I. Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land. Ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen ist das gemeinsame Ziel aller demokratischen Kräfte, getragen von den demokratischen Parteien, den Kirchen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Vereinen, den Verbänden und den Initiativen. Wir wollen die Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer, um ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

Fremdenfeindliche Angriffe und Übergriffe auf Ausländer, Obdachlose, Behinderte und Andersdenkende sind durch nichts zu rechtfertigen. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seines Glaubens oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder gar das Ziel von Gewalt werden. Nirgendwo dürfen Menschen durch Hetzparolen, Aufmärsche oder Gewalttäter verängstigt oder in ihrer Bewegungsfreiheit und Sicherheit beeinträchtigt werden. Dazu gehört der besondere Schutz von Mahnmalen, Gedenkstätten und jüdischen Friedhöfen durch die Polizei. Dieser im Grundgesetz verankerte Wertekonsens ist das Fundament unserer Demokratie.

Es ist deshalb unabdingbar, dass die demokratischen Kräfte gemeinsam gegen jede Form von Extremismus vorgehen und für den Schutz der Menschen in unserem Land eintreten.

Gewalt und extremistische Gesinnung sind gesellschaftliche Phänomene, denen die Gesellschaft insgesamt begegnen muss. Die Verantwortung richtet sich an Staat, Wirtschaft, Verbände, Vereine, an die Familie und an jeden Einzelnen.

Der Landtag verurteilt jede Form von extremistischer Gewalt und bekundet seinen Willen, mit allen gebotenen Mitteln des Rechtsstaates konsequent dagegen vorzugehen. Der Verfassungsschutz und die Polizei müssen weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um jegliche Form extremistischer Gewalt zu bekämpfen.

Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe muss darüber hinaus das Werte- und Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen gestärkt werden, um den geistigen Ursachen von Gewalt, Verletzung der Menschenwürde und Extremismus energisch entgegenzutreten. Insbesondere jungen Menschen muss die Bedeutung der Achtung der Würde des Menschen, der körperlichen Unversehrtheit und des Eigentums anderer stärker vermittelt werden. Dieser Erziehungsauftrag richtet sich zuallererst an die Eltern, die neben Schule und

Kinderbetreuungseinrichtungen vorleben müssen, wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.

- II. Der Landtag ruft die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz auf, überall dort entschieden und klar Nein zu sagen, wo sich Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zeigen.
- III. Rechtsextreme Einstellungen und Gewalttaten beruhen oftmals auf wirtschaftlichen Krisensituationen, auf Zukunftsängsten und auf sozialen Randstellungen. Deshalb ist eine erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik neben einer Politik, die Jugendliche in soziale Strukturen einbindet, geeignet, den Nährboden für Rechtsextremismus zu entziehen bzw. seine weitere Ausdehnung zu erschweren. In diesem Sinne unterstützt der Landtag die Landesregierung in ihrem erfolgreichen Bemühen, rechtsextremistische Umtriebe in der Öffentlichkeit einzudämmen, konspirative Strukturen aufzuklären und zu bekämpfen, den Nährboden des Rechtsextremismus durch Ursachenanalyse und Ursachenbekämpfung auszutrocknen.
- IV. Die Landesregierung hat ein umfassendes Programm repressiver und präventiver Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, das die Bürgerinnen und Bürger über rechtsextremistische Umtriebe kontinuierlich aufklärt, die Sicherheitsbehörden von Polizei und Verfassungsschutz einbindet und die Ursachen von Rechtsextremismus durch eine gezielte Jugend-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bekämpft. Hierzu gehören:
 1. das Programm „Jugend und Arbeit“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
 2. zahlreiche Maßnahmen und Projekte zur Integration von Jugendlichen,
 3. Beratungsdienste für benachteiligte junge Menschen und Integrationsprojekte für Migrantinnen und Migranten,
 4. die Entwicklung von „Netzwerken der Integration“ für sozial benachteiligte Jugendliche in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Arbeitsverwaltung,
 5. die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes und der Landeszentrale für politische Bildung,
 6. die Unterstützung der länderübergreifenden Stelle „jugendschutz-net“, die unter anderem rechtsradikale Inhalte im Internet aufspürt und für Abhilfe sorgt,
 7. die erfolgreichen Anstrengungen der Sicherheitsbehörden des Landes, die Rechtsextremismus und Gewalt konsequent und nachhaltig bekämpfen, die Bevölkerung durch eine Vielzahl von Veranstaltungen aufklären und sensibilisieren und durch eine hohe Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen Ausschreitungen verhindern,
 8. die gute Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei, die die rechtsextremistische Szene auch weiterhin unter hohem Verfolgungsdruck stellt,
 9. die Einrichtung eines eigenständigen Referates „Rechtsextremismus“ im Ministerium des Innern und für Sport,
 10. die Gründung eines „Präventionsrates gegen Kriminalität“ auf Landesebene, der die kriminalpräventiven Räte in Städten, Kreisen und Verbandsgemeinden vernetzt und unterstützt,
 11. die Unterstützung von „Kommunalen Bündnissen gegen Rechts“ durch das Landeskriminalamt,
 12. die Beobachtung extremistischer Bestrebungen im Internet durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und durch das Landeskriminalamt,
 13. die Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller politischen Anstrengungen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und Kriminalität im Internet,
 14. die Herausgabe der Broschüre „Recht gegen Rechts“ durch das Ministerium der Justiz,

15. die beschleunigte Bearbeitung von rechtsextremistischen Gewalttaten durch die Justizbehörden,
16. die Bemühungen der Landesregierung und des Ministerpräsidenten zur Stärkung von Zivilcourage und bürgerschaftlichem Engagement, insbesondere durch die Aktion „Wer nichts tut, macht mir“ und durch die Aufklärungs- und Toleranztour des Fernsehmoderators Ron Williams durch rheinland-pfälzische Schulen,
17. die Anweisung an die Polizei und Ordnungsbehörden des Landes, bei besonders niedriger Einschreitschwelle alle rechtlichen Möglichkeiten konsequent auszunutzen, um Aktionen von Rechts zu unterbinden,
18. eine Verstärkung des Objektschutzes an jüdischen Gebäuden und Gedenkstätten,
19. die Einrichtung der Landesdatei „Rechtsextremistische Aktivitäten in Rheinland-Pfalz“,
20. eine stärkere Thematisierung des Rechtsextremismus in der schulischen Ausbildung und bei der Gestaltung von Lehrplänen,
21. der Mainzer Appell des Ministerpräsidenten, den mittlerweile 71 000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben haben.

V. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, Rechtsextremismus und Gewalt auf allen Ebenen wirksam zu bekämpfen,
2. die Arbeit der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, alle Maßnahmen der Landesregierung zu koordinieren und zu bündeln, weiterhin nachhaltig zu unterstützen,
3. Maßnahmen auf kommunaler Ebene nach Kräften finanziell und organisatorisch zu unterstützen,
4. die politische Bildung und Aufklärung über Rechtsextremismus nach Kräften zu fördern,
5. die Tour der Toleranz fortzusetzen,
6. Projektwochen in den Schulen zu initiieren,
7. einen Jugendpreis zum Thema „Rechtsextremismus“ auszuloben,
8. weiterhin in der Bevölkerung für Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement zu werben,
9. intensiv die Verbreitung von rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Gedankengut im Internet zu beobachten und zu bekämpfen,
10. die Idee der Anti-Drogendisco auch in Gestalt von Anti-Gewaltdiscos auf den Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auszudehnen,
11. alle präventiv wirkenden Maßnahmen der politischen und schulischen Aufklärung sowie der Jugend- und Sozialarbeit weiterzuentwickeln,
12. gemeinsam mit den Menschen in Rheinland-Pfalz ein gesellschaftliches Klima zu unterstützen, das von Toleranz, Zivilcourage und Selbstbewusstsein geprägt ist,
13. weiterhin mit hohem Verfolgungsdruck auf rechte Straf- und Gewalttäter zu reagieren,
14. bei der Aus- und Fortbildung der Landesbediensteten weiterhin einen Schwerpunkt in der Bekämpfung rechtsextremistischer Ausschreitungen zu setzen,
15. in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, Fan-Projekten und der Fritz-Walter-Stiftung gegen Rechtsextremismus vorzugehen und die integrative Funktion des Sports zu nutzen.

Für die Fraktion der SPD:
Karl Peter Bruch

Für die Fraktion der F.D.P.:
Werner Kuhn